

Frau & Politik

FU!

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

Ausgabe 5/2018 · 64. Jahrgang G2977

Im Fokus



CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt Im Fokus	
Kann ein Mann Kanzlerin werden?	5
Sorgen der bürgerlichen Mitte ernst nehmen	7
Ein Programm als klare Kampfansage	9
EVP-Spitzenkandidat Überzeugter Europäer	11
Frauenwahlrecht Das Ziel ist Parität	12
Impressum	13
Familien- und Frauenpolitik Herbst der Ergebnisse	14



Liebe Frauen,

nach 18 Jahren an der Spitze der CDU Deutschlands hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel entschieden, nicht mehr für den Parteivorsitz zu kandidieren. Wir tragen diese Entscheidung mit großem Respekt und Dankbarkeit vor ihrer Leistung als Parteivorsitzende mit. Dies ist das Ende einer Ära für die Partei. Für die CDU war es ein Novum – eine Frau als Chefin einer Volkspartei. Angela Merkel ist ein Vorbild und eine Ikone für Frauen in Deutschland und weltweit. Sie prägt gesellschaftliche Veränderung. Es ist gut, dass sie weiter an der Spitze der Bundesregierung steht und die beschlossenen Projekte für Frauen und Familien, wie Gleichstellung in Wirtschaft und Verwaltung, gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, bessere Pflege und Generationengerechtigkeit vorantreibt. Der CDU-Parteitag in Hamburg bietet die Möglichkeit, unseren Dank für 18 Jahre Parteivorsitz zu zeigen. An dieser Stelle möchte ich Annette Schavan herzlich danken, die als enge Wegbegleiterin von Angela Merkel in dieser Aufgabe einen Blick auf das gemeinsame Wirken für die CDU Deutschlands und darüber hinaus wirft.

Die Entscheidung unserer Parteivorsitzenden hat einen spannenden Wettbewerb ausgelöst. CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat ihren Hut für das Amt der CDU-Parteivorsitzenden in den Ring geworfen. Der Bundesvorstand der Frauen Union der CDU unterstützt diese Bewerbung unserer stellvertretenden Vorsitzenden der Frauen Union nachdrücklich. Wir haben Annegret einstimmig für den CDU-Vorsitz nominiert.

In der CDU startete unter dem Motto „Demokratie erleben. Zukunft gestalten.“ ein ganz neuer Diskussionsprozess mit mehreren Kandidaten für den CDU-Vorsitz. Im Vorfeld des 31. Parteitages in Hamburg konnten die Mitglieder der Partei bei acht Regionalkonferenzen die Gelegenheit nutzen, die Motive und Vorstellungen der von den antragsberechtigten Gliederungen vorgeschlagenen Kan-

didatinnen und Kandidaten für das Amt der oder des Parteivorsitzenden besser kennen zu lernen und mit ihnen darüber ins Gespräch zu kommen.

Auf dem Parteitag in Hamburg werden wir unser Gewicht als Frauen in der CDU in die Waagschale werfen. Es kommt jetzt darauf an, gute Entscheidungen für die Zukunft unserer Partei und deren inhaltliche Ausrichtung zu treffen. Mit Annegret Kramp-Karrenbauer nominieren wir für den CDU-Vorsitz eine erfahrene kompetente Politikerin. In ihren bisherigen Funktionen als Generalsekretärin, Ministerpräsidentin, Bundesratspräsidentin, Bevollmächtigte für die deutsch-französischen kulturellen Beziehungen, Ministerin - u.a. als erste Innenministerin in Deutschland- Abgeordnete im Bund und Land, Stadtverordnete und Ämtern auf allen Ebenen der Partei und ihrer Gliederungen, hat sie sich immer wieder bewährt und langjährige Erfahrung in zahlreichen Politikfeldern gesammelt.

Sie verfügt über die richtigen Eigenschaften, die verschiedenen Strömungen der CDU zusammenzuführen und die ganze Bandbreite der Volkspartei abzudecken. Dazu gehören die wertkonservativen, die liberalen und die christlich-sozialen Mitglieder unserer Partei. Annegret Kramp-Karrenbauer ist in der CDU verwurzelt und setzt starke inhaltliche Akzente, um die CDU breiter aufzustellen. Mit der Zuhör-Tour als Auftakt zum Grundsatzprogrammprozess hat sie der Basis der CDU eine starke Stimme gegeben. Annegret Kramp-Karrenbauer hat das richtige politische Gefühl dafür, was die Menschen umtreibt, und handelt.

Neben dem Wettbewerb um den CDU-Vorsitz kandidieren auch zwei unserer FU-Landesvorsitzenden für den CDU Bundesvorstand. Mit Elisabeth Motschmann aus Bremen und Ina Scharrenbach aus Nordrhein-Westfalen unterstützen wir erfahrene Politikerinnen, die wertvolle Impulse für die Partei und die Frauen Union setzen. Ich freue mich sehr, dass mein CDU Landesvorstand Baden-

Württemberg und der Bundesvorstand der Frauen Union mich für das CDU-Präsidium vorgeschlagen haben.

Neben der Entscheidung über das Personaltableau stehen mit den Leitfragen zum Grundsatzprogrammprozess, dem Leitantrag zur Sozialen Marktwirtschaft und den FU-Anträgen wichtige Fragen zur Entscheidung an. Lassen Sie uns dazu als Frauen in der CDU gemeinsam Flagge zeigen!



Herzlichst,
Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz MdB
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Volkspartei CDU

Der 31. Parteitag der CDU Deutschlands steht am 7. Dezember 2018 in Hamburg vor einer wegweisenden Personalentscheidung. Nach 18 Jahren kandidiert Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht mehr für den Parteivorsitz. Die Frauen in der CDU sind stolz auf die Leistungen von Angela Merkel. Sie hat die Volkspartei der Mitte geprägt und über Jahre in der Frauen- und Familienpolitik inhaltlich modernisiert.

Dass die CDU über gute Führungspersönlichkeiten verfügt, beweisen die Kandidaturen um die Nachfolge im CDU-Vorsitz. Die drei Kandidaten für den CDU-Vorsitz Annegret Kramp-Karrenbauer, Friedrich Merz und Jens Spahn haben sich bei 8 Regionalkonferenzen den Fragen der Parteibasis gestellt.

Der Bundesvorstand der Frauen Union hat beschlossen, alle Kandidaten für den CDU-Vorsitz zu bitten, einen FU-Fragenbogen zu beantworten. So können alle unsere Mitglieder die Positionen der Kandidaten zu den Fragen, die uns in besonderer Weise interessieren, kennen lernen. Die Antworten finden Sie auf der Homepage der Frauen Union der CDU unter www.frauenunion.de



Foto: Laurence Chaperon

18 Jahre Parteivorsitz – die Ära Angela Merkel Annette Schavan resümiert.

Kann ein Mann Kanzlerin werden?

Die Titelfrage hat ein 8jähriger Junge seinem Vater gestellt, so erzählte jüngst Maria Furtwängler in einer Fernsehsendung über Angela Merkel. Seit sie gesagt hat, dass sie kein weiteres Mal für den Bundesvorsitz der CDU kandidiert, beginnen sich manche zu überlegen: wie es mit ihr als Kanzlerin und Parteivorsitzende war und ist. Das gehört zu solchen Zeiten, und die Frage des Jungen sagt viel darüber, wie Angela Merkel prägt und ihre politische Präsenz selbstverständlich geworden ist. Gemeinhin wird gefragt, wie das Amt einen Menschen verändert. Herlinde Koelbl hat mit den „Spuren der Macht“ darauf eine fotografische Antwort gegeben. Ein Amt kann aber vielleicht auch so ausgefüllt werden, dass nicht mehr diese Veränderungen im Vordergrund stehen, sondern Stil und Würde der Amtsführung bislang gestellte Fragen obsolet machen. „Kann eine Frau Kanzler werden?“ ist also vorbei. Der 8jährige Junge hat die neue Frage gestellt, die sich nicht jetzt, aber zur nächsten Bundestagswahl stellt. In vielen Ländern wird das als echte Errungenschaft gesehen.

Dabei antwortet Angela Merkel auf die Frage, ob sie eine Feministin sei, regelmäßig mit nein. Auf dem Weltfrauen Gipfel, zu dem sie eingeladen hatte, ergänzte sie, sie wolle keinen Titel beanspruchen, der ihr nicht zustehe, weil sie von der Geschichte des Feminismus eher profitiere als selbst daran gearbeitet zu haben. Das gilt für unsere Generation in vielfacher Hinsicht. Für uns haben Frauen wie Alice Schwarzer, Rita Süßmuth und andere viel erreicht. Diese Generation nimmt aufmerksam wahr, was aus der erreichten Emanzipation von den Frauen nach ih-

nen gemacht wird. Angela Merkel setzt sich nicht auf den Titel, wie sie sagte. Sie schreibt für die Kämpferin der Frauenemanzipation wie für junge Frauen heute eine Geschichte, die den einen Genugtuung und den anderen Ermutigung gibt. Sie wirkt stilbildend im umfassenden Sinn, vor allem mit einem besonderen Gespür für Prioritäten und einem ausgeprägten Sinn für Haltungen wie Respekt und Wertschätzung.

Angela Merkel ist 18 Jahre Vorsitzende der CDU Deutschlands. In ihrer ersten Rede auf dem CDU-Bundesparteitag im April 2000 in Essen waren drei Begriffe zentral, die es bei ihr bis heute sind: Vertrauen, Verlässlichkeit und Veränderung! Sie ist davon überzeugt, dass das, was wir bewahren wollen, wir verändern müssen. Das ist übrigens der Kern der Erfahrung in der Geschichte. Deshalb hat Franz-Josef Strauß gesagt: „Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts zu stehen.“ Jene, die in den vergangenen Monaten andauernd von einer „konservativen Revolution“ gesprochen haben, tun sich in Wirklichkeit mit einer konservativen Haltung schwer. Sie wollen eine komplizierte Welt einfach reden und den Eindruck erwecken, als brauche es keine Anstrengung und auch keine Neugierde, vielmehr die simple Antwort, dass wir in vielerlei Hinsicht „einfach unter uns bleiben“. Angela Merkel zeichnet eine Neugierde und Lernlust aus, die auch nach 18 Jahren groß ist, größer als bei vielen, die nach wenigen Amtsjahren finden, genug zu wissen. Sie hat konsequent darauf hingewirkt, dass die CDU unserem Land und seinen Menschen gerecht wird; genau darin be-



steht der Markenkern einer Volkspartei. Die Abfolge ist: erst das Land, dann die Partei, dann wir je als Personen in Ämtern.

Angela Merkel dient längst auch als Projektionsfläche für vieles und manchmal für irgendwie alles. Nahe der Erlöserin für die einen und schuld an allem Elend für die anderen. Das ist nicht ungewöhnlich im öffentlichen Leben. Die CDU sollte nur nicht den gleichen Fehler machen, wie ihn die SPD bis heute macht: sich von den eigenen Reformen verabschieden zu wollen, die das Land vorangebracht haben. Verlässlichkeit sieht anders aus. Vertrauen entsteht nicht dort, wo gemeinsam getroffene Entscheidungen als Vorgabe einer Art „lonely woman“ dargestellt werden. Ich habe 14 Jahre an Präsidiumssitzungen teilgenommen (1998-2012). Ich kann mich sehr gut an die Prozesse der Meinungsbildung erinnern. In der Familienpolitik waren junge Großväter plötzlich nicht wieder zuerkennen, deren Töchter eine klare Meinung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hatten; nach Fukushima waren zwei Ministerpräsidenten ein ganzes Wochenende telefonisch unterwegs, um den Atomausstieg zu verlangen. Das sollte so schnell wie möglich gehen. Seine Reden zur Abschaffung der Wehrpflicht brachten dem damaligen Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg eine große Zustimmung in den Landesverbänden ein. Angela Merkel hat dann auch nicht nur moderiert. Sie vermochte einen neuen Führungsstil zu etablieren. Es wurde gerungen, gestritten und entschieden, nicht umgekehrt.

Angela Merkel hat im September 2015 nach der Überzeugung vieler in Deutschland, in Europa und weltweit „die Würde Europas gerettet“. Die Einstellung von Christdemokraten zu in Not geratenen Menschen, zu jenen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, die an Leib und Leben bedroht sind, ist glasklar. Die Geschichte vom barmherzigen Samariter erzählt davon. Wem das zu fromm ist, der kann auch die Goldene Regel nehmen. Die Gedenkreden zu allen möglichen Gelegenheiten, die in diesem Land gehalten werden, können wir uns sparen, wenn wir an ihrer damaligen Entscheidung zweifeln. Das war auch eine Stunde der Wahrheit im Blick auf das „C“ im Namen unserer Partei. Das ist die eigentliche Klammer, die die verschiedenen Strömungen unserer Partei seit ihrer Gründung verbindet. Daran entscheiden sich Glaubwürdigkeit und Vertrauen, Zukunftsfähigkeit und auch die Treue zur Tradition: das große Erbe des Respektes und der Wertschätzung für jeden Menschen nicht zu verspielen, das den Kern der christlichen Botschaft ausmacht und die Gründer der CDU geleitet hat.

Unsere Haltungen im Umgang mit Prinzipien und die Würde des Kompromisses in Zeiten der Veränderung und Erneuerung- das ist das große Thema von Angela Merkel, das der politischen Kultur in Deutschland weltweite Aufmerksamkeit und Respekt verschafft.

Annette Schavan war von 1998-2012 eine der Vizevorsitzenden der CDU und von 2005-2013 Bundesministerin für Bildung und Forschung

Sorgen der bürgerlichen Mitte ernst nehmen



Foto: Nikky Maier

Interview mit Barbara Stamm (CSU), ehemalige Präsidentin des bayerischen Landtags, die nach 42 Jahren als Abgeordnete nicht mehr dem Landtag angehört.

Sie haben Ihr Mandat verloren und mussten Ihr langjähriges Amt als Landtagspräsidentin an Ilse Aigner abgeben – wie geht es Ihnen damit?

Mir geht es gut, aber natürlich fällt der Abschied nach so vielen Jahren politischer Verantwortung nicht leicht und gelegentlich macht sich auch etwas Wehmut breit. Dies nicht zuzugeben, wäre nicht ehrlich. Vor allem aber spüre ich eine große Dankbarkeit für das Vertrauen der Menschen, die mich gewählt haben. Mit 194.000 Stimmen habe ich das drittbeste Ergebnis in Bayern. Dass es für den Platz im Landtag nicht gereicht hat, lag nicht an mir, sondern am Wahlsystem. Und dass mir im Amt mit Ilse Aigner wieder eine Frau nachfolgt, war mir sehr wichtig. Beides sind gute Gründe, nach vorne zu schauen.

Welche Gründe sehen Sie für das schlechte Abschneiden der CSU mit nur 37,2 Prozent bei der Landtagswahl?

Wir haben uns zu wenig um die Interessen und Sorgen der bürgerlichen Mitte gekümmert. Anstatt Ängste abzubauen und Lösungen für die Dinge aufzuzeigen, die die Menschen beschäftigen, haben wir das Thema Flüchtlinge und Asyl völlig überhöht. Vor den Wahlen habe ich immer gesagt: Passt auf, wir können rechts nicht so viel aufholen, wie wir in der Mitte verlieren! Man hätte viel mehr über Erreichtes sprechen müssen und deutlich machen können, wie stark die Flüchtlingszahlen durch Abkommen mit anderen EU-Ländern und verbesserter Drittstaatenregelung gesunken sind.

Nicht nur in Bayern, auch bundesweit sehen die aktuellen Umfragen für die Volksparteien CDU/CSU und SPD eher niederschmetternd aus – ist die politische Mitte am Ende?

So drastisch würde ich es nicht sehen, aber wir beobachten durch die Veränderungen in unserer Gesellschaft einen zunehmenden Vertrauensverlust in die Politik. So ähnlich geht es ja auch den Kirchen. Die Menschen erleben, wie viel in der Politik gestritten wird, dabei sollten wir doch Vorbild sein. Natürlich gibt es unterschiedliche Standpunkte und die muss man auch deutlich machen, aber am Ende müssen Lösungen stehen. Außerdem sind den Menschen unsere jüdisch-christliche Werteordnungen sehr wichtig. Sicher brauchen wir Toleranz für das, was auf uns zukommt. Aber Toleranz bedeutet nicht, dafür eigene Werte aufzugeben.

Nachdem Bundeskanzlerin Merkel angekündigt, den Parteivorsitz aufzugeben, standen in der CDU umgehend eine Reihe männlicher Kandidaten bereit...

Ja, manchmal habe ich das Gefühl und beobachte das auch bei uns in der CSU, dass Frauen oft zu zögerlich sind, wenn es um Macht geht. Dabei heißt Macht doch auch positiv Verantwortungsbewusstsein, Selbstbewusstsein und die Chance, politisch etwas zu verändern. Zudem glaube ich, dass wir anders als die meisten Männer oft immer noch nicht über die richtigen Netzwerke verfügen, die notwendig sind, um bestimmte Positionen zu erreichen.

Wir haben so viele **hochqualifizierte, fähige Frauen**. Sie gehören nicht nur zum **Erscheinungsbild einer Partei**, sondern die Wählerinnen und Wähler müssen sie auch in **relevanten Ämtern und allen Gremien** wahrnehmen.

Barbara Stamm

Was muss also besser werden?

Die CDU hat immerhin die Kanzlerin als gutes Beispiel an der Spitze - umso mehr sage ich bei uns in der CSU immer: Ihr müsst die Frauen rausstellen. Wir haben so viele hochqualifizierte, fähige Frauen. Sie gehören nicht nur zum Erscheinungsbild einer Partei, sondern die Wählerinnen und Wähler müssen sie auch in relevanten Ämtern und allen Gremien wahrnehmen. Das muss man wollen und aktiv befördern, gerade seitens der Männer.

Wie gut kennen Sie die CDU-Generalsekretärin **Anne-gret Kramp-Karrenbauer**, die ja nun auch für den **Parteivorsitz** kandidiert?

Wir haben eine langjährige freundschaftliche Verbindung und ich wertschätze sie menschlich und in ihrer politischen Arbeit unheimlich.

Wie wichtig sind Frauen für eine Politik der Mitte? **Machen sie anders Politik als Männer?**

Sie sind ein Stück näher am Menschen und nachhaltiger – insbesondere bei Menschen in unterschiedlichen Situationen. Ich spüre da mehr echtes Interesse, Mitgefühl und Einsatz für den anderen. Das erlebe ich immer wieder in meinen Ehrenämtern, zum Beispiel bei der Lebenshilfe.

Ihre Tochter **Claudia** ist auch in die Politik gegangen, war zunächst bei den **Grünen** und gründete dann die Partei „**mut**“. Was haben Sie ihr mitgegeben und was haben Sie von ihr gelernt?

Ich würde schon sagen, wir haben sie sehr selbstständig und selbstbewusst erzogen. Mut zum Risiko und Durchsetzungsfähigkeit gehörten sicherlich dazu. Sie interessiert sich schon früh für Politik, wenn auch nicht für die Partei der Mutter. Wir haben es uns politisch sicher gegenseitig nicht immer leicht gemacht; das war schon ein Abnabelungsprozess. Aber ich habe großen Respekt vor ihr. Demokratie heißt eben auch, dass man etwas aushalten muss und kann! Wenn ich dabei etwas mehr Geduld von ihr gelernt hätte, wäre das sicher gut gewesen (lacht). Letztlich arbeiten wir beide – jeder auf seine Weise - für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Grundwerte.

Bleiben wir noch einmal kurz bei dem Thema bürgerliche Mitte. Wird es jemals eine Koalition der CSU mit der AfD geben können?

Nein, niemals! Da gibt es keinerlei Gemeinsamkeiten, da muss man sich ja nur deren Töne anhören. Unvorstellbar!

Wenn Sie einen Wunsch für die CSU frei hätten?

Dann wünsche ich mir eine gründliche Wahlanalyse, weniger Streit und mehr gegenseitiges Zuhören. Mehr Frauen in Spitzenpositionen, gegenseitigen Respekt und höchste Aufmerksamkeit für die Sorgen und Probleme der Menschen und damit für die Herausforderungen unserer Zeit in einem Zeitalter der Digitalisierung, die wir auch der Würde des Menschen entsprechend gestalten müssen.

Vera Schalck



Ein Programm als klare Kampfansage

1981 wurde Deutschland noch sozialliberal regiert, viele junge Leute waren von der 68er-Bewegung inspiriert, hörten Janis Joplin und Jimi Hendrix. Die Grünen waren gerade gegründet, da tanzten Sie zu den Bay City Rollers und traten in die Junge Union ein. Warum? Hat Sie damals wirklich keine andere Partei gereizt?

Doch, ich hatte auch an die FDP gedacht. Aber das Menschenbild und die Grundwerte der CDU passten einfach besser zu mir. Letztlich war es eine Bauchentscheidung. Der damalige CDU-Ortsvorsitzende in Püttlingen, Josef Strauß – seine Tochter war Vorsitzende der Jungen Union –, hat mich gefragt, ob ich Lust hätte, mitzumachen. Ich habe mich gleich wohlfühlt. Ich bin dann schnell hintereinander erst in die Junge Union und danach in die CDU eingetreten.

Damals war Heiner Geißler CDU-Generalsekretär und schrieb ein neues Grundsatzprogramm, heute sind Sie an seiner Stelle und schreiben ebenfalls an einem neuen Grundsatzprogramm für die Partei. Das wird aber nicht von einer breiten Bevölkerungsschicht gelesen. Damit Sie Beachtung finden, werden Sie ein klares politisches Signal benötigen – welches wird das sein?

Ein Programm als Signal des Mutes, der Tatkraft, der Lust auf Zukunft und eine klare Kampfansage an populistische Versuchungen. Wird das neue Grundsatzprogramm davon geprägt sein, wie sehr sich die CDU unter ihrer langjährigen Chefin Angela Merkel verändert hat – also eine Partei, die näher an der SPD ist als an der CSU? Ich teile diese Analyse nicht. Wie das Programm aussieht, hängt von der Debatte und Diskussion ab. Es ist das Programm der Mitglieder. Sie arbeiten daran und entscheiden es letztlich....

Wie soll eine runderneuerte CDU am Ende aussehen?

Es wird eine CDU sein, die ihre zentralen Begriffe von sozialer Marktwirtschaft, von Wohlstand, von subjektiver Freiheit und Staat, von Politik nach christlichem Menschenbild für die Bedingungen des digitalen Zeitalters neu definiert hat.

Sie sind für Ihre Zuhör-Tour an rund 40 Orte in ganz Deutschland gereist, um die Stimmung an der Parteibasis zu ergründen. Was ist Ihre Bilanz?

Die Menschen sagen in unterschiedlichster Form: Wir normalen Leistungsträger dieser Gesellschaft, die einen Job machen, Steuern zahlen, Kinder erziehen, Eltern pflegen oder ehrenamtlich arbeiten, wir haben das Gefühl, dass wir keine Rolle mehr für die Politik spielen. Das ist ein weitverbreitetes Gefühl.

Das bedeutet, Sie wollen jetzt gezielter Politik für Otto Normalverbraucher machen?

Genau. Zugleich nehme ich viele Ängste wahr, ob das Aufstiegsversprechen, wonach sich Leistung lohnt, auch wirklich noch gilt. Sind Rente und Pflege sicher, wenn ich als Durchschnittsverdiener meinen Beitrag geleistet habe? Die Leute treibt auch die Frage um, ob ihre Werte Bestand haben, wenn so viele Menschen in unser Land zuwandern und integriert werden sollen.

Das klingt nach Leitkultur ...

Man kann das so oder anders nennen. Wir müssen vor allem deutlich machen, dass das Thema Leitkultur sich nicht nur an diejenigen richtet, die zu uns kommen. Es richtet sich auch an uns selbst. Wenn wir wollen, dass sich die Zuwanderer an unsere Regeln halten, müssen wir diese auch benennen. Da wird es interessant: Können wir uns überhaupt

Wir danken Ullstein Buchverlage für die Abdruckgenehmigung der Interviewauszüge mit Annegret Kramp-Karrenbauer aus dem Buch: „Ich kann, ich will und ich werde: Annegret Kramp-Karrenbauer, die CDU und die Macht“, Kristina Dunz, Eva Quadbeck, Propyläen, 304 Seiten, 22 Euro, ISBN 978-3-549-07651-4

auf eine Grundlage verständigen? Eine solche Grundlage wollen wir in unserem Grundsatzprogramm schaffen, uns auf Überzeugungen verständigen, aus denen wir in einer sich schnell wandelnden Welt unsere Politik ableiten.

Wie nehmen Sie die Sehnsucht in Ihrer Partei nach dem Konservativen wahr? Gibt es eine Lücke, die mit Ihnen als Generalsekretärin geschlossen werden wird?

Ich weiß gar nicht, ob es wirklich eine Sehnsucht nach dem Konservativen gibt. Es ist vielleicht eher eine Sehnsucht nach Sicherheit und Ordnung. Dazu gehört zum Beispiel, dass der Staat in der Lage ist, Gesetze anzuwenden und durchzusetzen.

Ja, aber da fängt die Irritation schon an. Die WerteUnion beklagt, dass die Union nicht mehr für die Wahrung von Sicherheit und Ordnung steht. Wie ernst nehmen Sie die?

Ich nehme jeden in der CDU ernst. Vom einfachen Mitglied bis zur Gruppe. Die Mitglieder der WerteUnion sind sehr rege dabei. Wir tauschen uns aus, wenn wir uns bei Veranstaltungen sehen. Ich spreche mit allen Sonderorganisationen, Arbeitskreisen und Vereinigungen der Partei. Für mich ist das entscheidende Kriterium, ob jemand bereit ist, sich auf den Diskussionsprozess innerhalb der CDU einzulassen und am Ende einen Kompromiss zu akzeptieren. Diese Grundvoraussetzung muss für uns alle gelten....

Bringt der Erneuerungsprozess, den Sie für die CDU angestoßen haben, die CDU näher an die CSU heran oder weiter weg von ihr?

Das ist eine Frage, die ich jetzt noch nicht beantworten kann. Ich sehe den Prozess eines Grundsatzprogramms für die CDU nicht unter dem Gesichtspunkt, wo die möglichen Anschlussstellen zu anderen Parteien sind, sei es zur eigenen Schwesterpartei oder zu einem möglichen Koalitionspartner in der Zukunft. Wir müssen ein Programm schreiben, das unsere Fragen beantwortet und das eine Grundlage dafür schafft, dass wir für die nächste Bundestagswahl Vorstellungen für »CDU pur« entwickeln. Da werden viele Punkte dabei sein, die die CSU nicht anders beurteilt als wir. Es kann aber auch sein, dass wir an manchen Stellen unterschiedlicher Meinung sein werden.

An welchen?

Zum Beispiel bei Fragen der direkten Demokratie. Das hat die CDU immer kritischer gesehen als die CSU.

Die politische Konkurrenz wirft der Merkel-CDU immer vor, man wisse nicht, wofür die Partei stehe. Was sagen Sie, wofür steht die CDU?

Die CDU ist eine moderne Partei, die für einen breiten Teil der Bevölkerung wählbar ist. Das ist in der heutigen Zeit, in der sich die politische Landschaft aufsplittet, viel wert. Die drei Wurzeln der Partei, christlich – verbunden mit der sozialen Frage –, konservativ im Sinne von modernisierungsrealistisch und für einen starken Staat, liberal im Sinne von marktwirtschaftlich, sind nach wie vor unsere Wurzeln. Die großen internationalen Achsen, das transatlantische Verhältnis und die Europäische Union gehören zu unserer politischen DNA...

Sie haben mit der SPD laut Umfragen einen geschwächten Partner. Sie können sich nicht darauf verlassen, dass das immer so bleibt. Was muss die CDU an sich ändern, damit sie dauerhaft Kanzlerpartei bleiben kann?

Wir werden nicht in unser Grundsatzprogramm schreiben: Wir sind dauerhaft Kanzlerpartei.

Dann haben wir die CDU immer falsch verstanden.

Die CDU ist eine Partei, die im Unterschied zu anderen Parteien in Deutschland gern regiert. In erster Linie sind wir aber eine Partei, die Ideen hat und diese auch umsetzen möchte. Das ist der Zweck. In diesem Sinn erfüllen wir unseren grundgesetzlichen Auftrag, dass wir an der politischen Willensbildung mitwirken. Ich bin eine Verfechterin des herkömmlichen Parteiensystems mit Parteien, die gemeinsame Werte und gemeinsame Programme haben. Ich halte nichts von Bewegungen wie in Frankreich, die sich hinter einer Person versammeln. Deshalb will ich unser System auch erhalten. Das setzt voraus, dass wir unsere programmatische Arbeit machen. Das setzt aber auch voraus, dass wir neben der CDU eine weitere starke Volkspartei haben. Deshalb kann es für die CDU nicht befriedigend sein, sich zurückzulehnen und sich über die Schwäche der SPD zu freuen. Die demokratische Mitte muss stark sein.

Überzeugter Europäer



Foto: David McAllister

Mit Manfred Weber für ein besseres Europa. David McAllister berichtet vom Kongress der Europäischen Volkspartei in Helsinki.

Am 8. November hat die Europäische Volkspartei (EVP), unsere Parteienfamilie auf europäischer Ebene, Manfred Weber zum Spitzenkandidaten für die Europawahl im kommenden Jahr gewählt. Er setzte sich auf dem Parteitag in Helsinki mit rund 80 Prozent der Stimmen gegen den Vizepräsidenten der Europäischen Investitionsbank und ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten Alexander Stubb durch.

Durch die Nominierung als Spitzenkandidat hat der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament gute Chancen, der nächste Präsident der Europäischen Kommission zu werden. Zwar wird dieser durch den Europäischen Rat, dem die Staats- und Regierungschefs angehören, vorgeschlagen – anschließend wird sie oder er jedoch von einer Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament gewählt. Über Fraktionsgrenzen hinaus gilt es, nur jemanden zum Kommissionspräsidenten zu wählen, der zuvor als offizieller Spitzenkandidat seiner Partei in den Wahlkampf gezogen ist. Dies soll dessen Auswahl demokratischer und transparenter machen.

Manfred Weber ist ein überzeugter und überzeugender Europäer. Er kennt die Herausforderungen europäischer Politik und die jeweiligen nationalen Besonderheiten. Der CSU-Politiker ist über Parteigrenzen hinaus respektiert und somit in der Lage parlamentarische Mehrheiten zu erzielen. Als Vorsitzender der EVP-Fraktion ist es ihm bisher stets gelungen, verschiedene Interessen und unterschiedlichen Strömungen zu vereinen. Dies sind gute Voraussetzungen für das Amt des Kommissionspräsidenten.

In einer zunehmend globalisierten Welt kann kein Land in Europa seine Interessen alleine und ohne Unterstützung durch andere wahren. Der Niederbayer Weber tritt deshalb für eine starke, selbstbewusste und dynamische Europäische Union ein, die imstande ist, ihre Interessen zu wahren und sich ihrer internationalen Verantwortung zu stellen. Eine EU der Freiheit, der Sicherheit und der Prosperität, die sie – falls erforderlich – auch gemeinsam verteidigen kann. Die Europäische Union muss eine wirksame Garantie für die innere und äußere Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten sein. Er will daher den Kurs, die EU-Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration zu schützen, die Grenzschutzagentur Frontex weiter zu stärken und das Europäische Asylsystem zu vollenden, entschieden fortsetzen.

Manfred Weber ist ein Brückenbauer. Das ist für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission elementar. Als EVP haben wir einen Spitzenkandidaten, der die europäische Idee lebt und gleichzeitig für die regionale Vielfalt der Mitgliedstaaten steht. Er ist der Richtige für das nächste Kapitel in einem vereinten Europa.

Die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament finden vom 23. bis 26. Mai 2019 statt. In Deutschland wird am 26. Mai 2019 gewählt.

David McAllister MdEP ist
Vizepräsident der Europäischen Volkspartei



Foto: picture alliance/Bernd von Jutrczenka/dpa

100 Jahre Frauenwahlrecht – Frauen fordern ihr Recht auf politische Teilhabe ein.

Das Ziel ist Parität

Die Feierlichkeiten zu 100 Jahre Frauenwahlrecht haben den Fokus auf die Vertretung von Frauen in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft gerichtet. Zu den Gesichtspunkten gehört die Vertretung von Frauen in den Parlamenten, die Mitwirkung in der Partei und das Wahlverhalten.

Beim Festakt zu 100 Jahre Frauenwahlrecht am 12. November 2018 in Berlin sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Blick auf sich selbst: „Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer“. Aus der Tatsache, dass es sie gäbe, dürfe kein Alibi werden.

Die Veranstaltungen zum Jubiläum des Frauenwahlrechts in diesem Jahr waren geprägt vom Stolz auf das Erreichte mit Betonung auf die Aufgaben, die noch vor uns liegen. In allen gesellschaftlichen Bereichen gibt es noch Probleme mit der Gleichberechtigung in Deutschland.

In den vergangenen Jahrzehnten ist schon viel erreicht worden, jedoch ist die angemessene Teilhabe von Frauen noch längst kein Selbstläufer. In Schlüsselpositionen von Wirtschaft und Gesellschaft, in politischen Ämtern und Mandaten sind Frauen weiterhin deutlich unterrepräsentiert.

Daher unterstrich die Bundeskanzlerin beim oben genannten Festakt, dass der Frauenanteil in den Parlamenten eine elementare Frage der Demokratie sei. Dazu bräuchten wir nicht nur in den Bundestag zu blicken – in manchen Landtagen sei auch nur etwa ein Viertel der Abgeordneten weiblich; und das bei mehr als 50 Prozent Frauen in der Bevölkerung.

Alle müssten die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen, forderte die Bundeskanzlerin. Quoten waren wichtig,

aber das Ziel müsse Parität sein – Parität überall, in der Politik, in der Wirtschaft, in der Verwaltung ebenso wie in der Wissenschaft und im kulturellen Bereich.

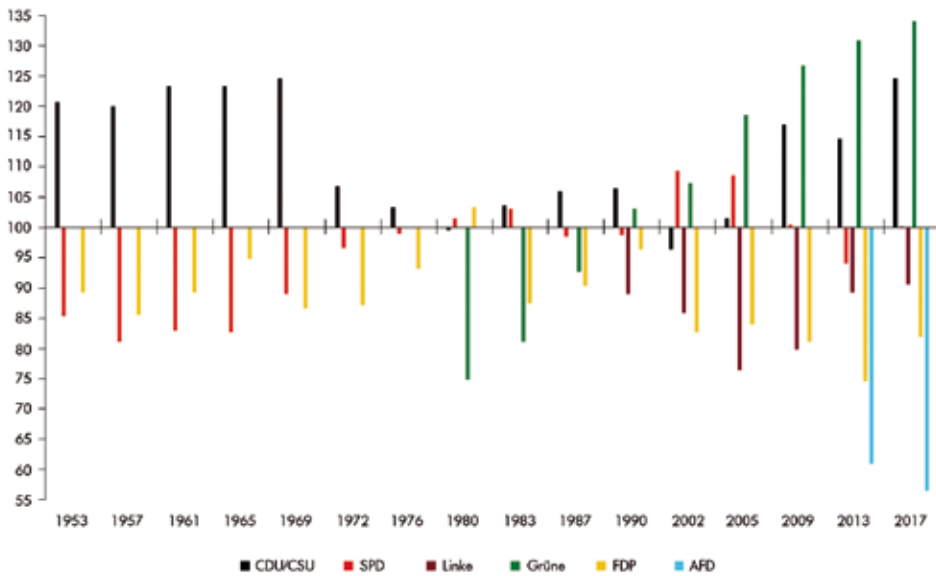
Hier setzt die Frauen Union der CDU mit der Resolution „70 Jahre unterwegs und weiter voran für Frauen“ an. Die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz fordert neue Regeln, wenn politische Strukturen in den Parteien und im Wahlrecht dazu führen, dass Frauen faktisch an eine gläserne Decke stoßen oder ausgeschlossen sind.

Die Kernanliegen der FU-Resolution zur politischen Teilhabe von Frauen beziehen sich einerseits auf eine Wahlrechtsreform des Deutschen Bundestags und andererseits auf die Mitbestimmung in der CDU.

Im Zuge der für diese Wahlperiode vorgesehenen Wahlrechtsreform soll der Deutsche Bundestag auch über geeignete Maßnahmen beraten, wie die vollständige Gleichberechtigung von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten erreicht werden kann. Lösungen anderer Länder, wie etwa das Paritätsgesetz in Frankreich und die Durchsetzung mittels der Wahlkampfkostenerstattung, sollen nach Auffassung der Frauen Union in die Überlegungen einbezogen und geprüft werden.

Auch in einem neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands muss das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen in der Gesellschaft klar verankert werden. Der Frauenanteil der CDU liegt in den meisten Parlamenten unter dem Durchschnitt. Nur 26 Prozent der CDU Mitglieder sind Frauen; damit genügt die CDU nicht mehr den Ansprüchen einer Volkspartei, die alle Bevölkerungsgruppen angemessen repräsentiert. Das ist eine Existenzfrage der Volkspartei.

Abbildung: Wahl der Parteien nach Geschlecht 1953–2017 (Tingsten-Index)



Eigene Berechnungen. Berechnung Index: $\text{Prozentsatz Frauenstimmen für eine Partei} \times 100 / \text{Prozentsatz Männerstimmen für eine Partei}$. Wählen Frauen und Männer gleich oft die Partei, so ist der Index 100. Werte über 100 bedeuten eine überproportionale Wahl durch Frauen, Werte unter 100 bedeuten eine überproportionale Wahl durch Männer. Vgl. dazu Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 141, der sich bezieht auf Herbert Tingsten, *Political Behavior. Studies in Election Statistics*, London 1937. Quelle: Der Bundeswahlleiter, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen, Wiesbaden 2018, S. 14ff.; ders., *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen*, Wiesbaden 2017, S. 94ff.

Diagramm Wahl der Parteien nach Geschlecht, Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Das im CDU-Statut niedergelegte Frauenquorum braucht mehr Verbindlichkeit und muss künftig Vorrang vor anderen praktizierten Quoten haben: Listen der CDU sollten verbindlich zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Politische Teilhabe von Frauen und Männern ist Aufgabe der gesamten Partei, deshalb muss die CDU insgesamt Frauen gewinnen, zur Kandidatur motivieren, aufstellen und so eine offensive Personalentwicklung betreiben. Dies gilt gleichermaßen im Hinblick auf (Direkt-) Mandate und Parteiämter.

Auf Vorschlag von CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat der CDU-Bundesvorstand jetzt einen wichtigen Schritt mit der Änderung der Bundesfachausschussordnung gemacht. Künftig wird es einen Doppelvorsitz in den Bundesfachausschüssen, bestehend aus einem Mann und einer Frau, geben. Dies ist ein wichtiger Ansatz, damit auch in der CDU-Programmatik, die Sichtweisen von Frauen und Männern gleichmäßig zum Tragen kommen.

Wenn die Union auch künftig Wahlen gewinnen will, muss sie ihr Potential bei den Frauen weiter ausbauen. Schon heute tragen Wählerinnen maßgeblich zum Wahlerfolg der Union bei, wie der sogenannte Tingsten-Index in obiger Abbildung zeigt. Dieser Index ist nach dem schwedischen Politikwissenschaftler Herbert Tingsten benannt und gibt an, ob eine Partei über- oder unterproportional von Frauen und Männern gewählt wird. Hier wird sehr deutlich, dass die Union und die Grünen häufiger von Frauen gewählt werden. In den Jahren, in denen die Unterstützung für die Union zurück ging, waren CDU/CSU im Bund in der Opposition. Frauen zu überzeugen, ist deshalb eine Grundvoraussetzung, um auch in Zukunft Mehrheiten zu erringen.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · Jürgen von Meer · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

Ein Schwerpunkt dieser Wahlperiode liegt auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Förderung von Familien. Yvonne Magwas zieht Bilanz.

Herbst der Ergebnisse

100 Jahre Frauenwahlrecht

Vor 100 Jahren wurde in Deutschland das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für Frauen eingeführt – ein Meilenstein der Demokratie. Die Unionsfraktion hat dieses historische Ereignis im November mit einer Festveranstaltung mit über 500 Gästen gewürdigt.

Couragierte Frauen stritten damals nachdrücklich und mutig für die Einführung des Frauenwahlrechts. Unseren Vorkämpferinnen verdanken wir, dass Frauen heute nicht nur Wählerinnen und Gewählte sind, sondern auch Bundeskanzlerin, Richterin oder Vorstandsvorsitzende.

Unbestritten: Seit der Einführung des Frauenwahlrechts wurde für Frauen in Deutschland viel erreicht. Doch damit können wir nicht zufrieden sein! Der Blick ins Plenum zeigt: Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist aktuell mit 31 Prozent so niedrig wie seit 2002 nicht mehr – das ist überaus unbefriedigend. Deshalb muss die Erhöhung des Frauenanteils ein Thema bei der Wahlrechtsreform sein. Das darf nicht ausgespart bleiben.

Verbesserungen für Familien

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD eine finanzielle Entlastung von Familien vereinbart. Nach kurzer Zeit haben wir bereits das Familienentlastungsgesetz verabschiedet, das die Erhöhung des Kindergelds und des Kinderfreibetrags ab 2019 vorsieht.

Kindergeld und Freibeträge steigen

Ab 1. Juli 2019 steigt das Kindergeld um monatlich 10 Euro pro Kind. Zum 1. Januar 2021 erfolgt eine weitere Erhöhung um insgesamt 15 Euro. Gleichzeitig werden der steuerliche Kinderfreibetrag und der Grundfreibetrag ange-

passt. Der Kinderfreibetrag steigt für das Jahr 2019 um 192 Euro und für 2020 um weitere 192 Euro. Der Grundfreibetrag wird ebenfalls erhöht – zunächst um 168 Euro und ein Jahr später auf insgesamt 408 Euro. Tatsächlich gehört zum Familienentlastungsgesetz mehr als verfassungsrechtlich vorgeschrieben ist: Die Anhebung des Kindergeldes oder die Neutralisierung der kalten Progression gehören nicht dazu, dennoch sind sie Bestandteil des Gesetzespakets. Von den 10 Milliarden Euro, die das Gesetz insgesamt vorsieht, sind es rund sechs Milliarden, also 60 Prozent, die die Koalition zusätzlich oben draufgesetzt hat. Das ist gut so!

Familien werden entlastet

Bis zum Jahr 2022 werden Familien um insgesamt fast 35 Milliarden Euro entlastet. Entscheidend ist, dass alle Familien profitieren und somit die Mitte der Gesellschaft entlastet wird. Die Verabschiedung des Familienentlastungsgesetzes zählt für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den wichtigsten familienpolitischen Maßnahmen dieser Legislaturperiode. Diese Verbesserungen für Familien haben wir gezielt gleich zu Beginn der Legislaturperiode angepackt. Damit unterstützen wir die Familien in Deutschland sehr effektiv und erweisen uns als verlässlicher Partner der Familien.

Familien im Mittelpunkt

Die Unionsfraktion stellt die Familien in den Mittelpunkt ihrer Politik. Das zeigt sich neben dem Familienentlastungsgesetz und der Einführung des Baukindergeldes auch in weiteren Projekten, wie zum Beispiel dem Gute-Kita-Gesetz, das bis 2020 rund 5,5 Milliarden Euro für die



Foto: Diana Tuppak

Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung vorsieht. Das ist gut angelegtes Geld. Wir setzen damit eines der wichtigsten und zentralen familienpolitischen Vorhaben des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD um und schaffen so wichtige Rahmenbedingungen für Familien.

Verbesserungen für Frauen

Nicht nur die Familien, auch die Frauen stehen bei uns im Fokus. Deshalb haben wir binnen kurzer Zeit Verbesserungen für Frauen auf den Weg gebracht.

Einführung der Brückenteilzeit

Viele Frauen, die in Teilzeit beschäftigt sind, haben nach einer Weile den Wunsch auf eine Vollzeit-Stelle zurückzukehren. Um dies zu erleichtern, haben wir das Teilzeitrecht weiterentwickelt und mit der Verabschiedung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes die Brückenteilzeit eingeführt.

Damit wird neben dem bereits bestehenden Anspruch auf zeitlich nicht begrenzte Teilzeitarbeit ein gesetzlicher Anspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit neu eingeführt. Das Gesetz ist ein echter Fortschritt für Frauen, denn Teilzeitarbeit ist leider überwiegend noch immer Frauensache. Laut Mikrozensus 2016 arbeiten 47,8 Prozent aller abhängig erwerbstätigen Frauen in Teilzeit. Ihnen wird es zukünftig erheblich erleichtert, nach einer Phase der Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen, in der sie ihre Arbeitszeit verkürzen, wieder zu ihrer vorherigen Arbeitszeit zurückzukehren.

Die leichtere Rückkehr in eine Vollzeittätigkeit wird sich positiv auf die Rentenansprüche der Frauen auswirken. Die Einführung der Brückenteilzeit ist ein weiterer

wichtiger Schritt hin zur eigenständigen Alterssicherung von Frauen. Die Einführung der Brückenteilzeit ist das Ende der Teilzeitfalle.

Erhöhung der Mütterrente

Eine weitere wichtige Wegmarke unserer Politik für Frauen ist die Ausweitung der Mütterrente zum 1. Januar 2019. Für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, werden dann weitere sechs Monate Kindererziehungszeit bei der Rente angerechnet. Die monatliche Rente erhöht sich somit um ca. 16 Euro pro Kind. Davon profitieren rund zehn Millionen Frauen.

Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (und ihren Kindern) steht auf unserer Agenda ebenfalls weit oben. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey haben deshalb im Juli eine Öffentlichkeitskampagne für das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ gestartet.

Im Koalitionsvertrag haben CDU, CSU und SPD ein Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern festgeschrieben, das unter anderem Verbesserungen für Frauenhäuser vorsieht. Ein erster Austausch erfolgte hierzu bereits auf der Gleichstellungsministerkonferenz im Juni 2018. Der im Koalitionsvertrag verankerte „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen hat bereits seine Arbeit aufgenommen.

Yvonne Magwas MdB ist Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

FU!

Frauen zeigen Flagge

**Besuchen Sie uns
zum „Early Bird
Meeting“**

**beim CDU-Parteitag
am FU-Stand
Halle A4, Stand 37**

**Die Frauen Union
der CDU Hamburg
lädt herzlich zu
Franzbrötchen ein.**

**Freitag,
7.12.2018,
10 Uhr**